

Vorstoß abgelehnt

GDL begrüßt Entscheidung des Bundestages gegen Entkriminalisierung des Schwarzfahrens

Der Bundestag hat aus Sicht der GDL **zurecht und mit großer Mehrheit** den aktuellen Vorstoß abgelehnt, Schwarzfahren nicht mehr als Straftat zu verfolgen.

Der Bundesvorsitzende Mario Reiß betonte dazu im Vorfeld: „Wer das Schwarzfahren entkriminalisiert, sendet ein fatales Signal. Für die Beschäftigten bedeutet das **mehr Konflikte, mehr Aggression und eine steigende Gefährdung im Arbeitsalltag.**“

Basierend auf der fundierten Erfahrung unserer Kollegen widersprechen wir entschieden der kolportierten Annahme, dass eine Entkriminalisierung Konflikte entschärft. Die Vorstellung, dass weniger Strafandrohung automatisch zu weniger Konflikten führt, ist **schlicht realitätsfern**. Konflikte entstehen nicht wegen der strafrechtlichen Einordnung, sondern weil **Regeln durchgesetzt werden müssen**. Wenn diese an Verbindlichkeit verlieren, steigt nicht die Akzeptanz, sondern **die Bereitschaft, sie zu missachten!**

Unsere Kollegen spüren tagtäglich **das teils offen feindliche und aggressive Verhalten** von sogenannten latenten und systemkritischen „Schwarzfahrern“. Mit seiner Entscheidung hat ihnen der Bundestag die **weitere Erschwerung ihrer Arbeit erspart** und eine zusätzliche persönliche Belastung abgewendet!

Im Übrigen gilt: Kein Bürger, der versehentlich sein Ticket vergessen hat, wird kriminalisiert. **Unsere Kollegen bleiben freundlich** und bauen Brücken. Der säumige Kunde zahlt nach oder weist später sein Ticket vor.

Das sind die offenkundigen Tatsachen!